

10.02.2020

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der AfD

Was folgt aus Thüringen? Gefährdet die Einheitsfront der Altparteien unsere föderale und demokratische Grundordnung?

Am 5. Februar 2020 wurde der FDP-Abgeordnete Thomas Kemmerich im 3. Wahlgang überraschend zum Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen gewählt. Dabei vereinigte er Stimmen von AfD, CDU und seiner eigenen Partei auf sich.

Kemmerich löste damit den seit 2014 regierenden Bodo Ramelow ab, der der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ angehört und u.a. öffentlich die Bezeichnung der DDR als Unrechtsstaat bestritt und in diesem Zusammenhang den Schießbefehl an der Grenze leugnete.¹

Im Nachgang der Wahl von Herrn Kemmerich zum Ministerpräsidenten kam es bundesweit zu einer beispiellosen Empörungswelle über diese demokratische Wahl im Thüringer Landtag, woraufhin sich der FDP-Politiker nach massivem Druck genötigt sah nach etwa 24 Stunden von seinem Amt zurückzutreten.

Bundeskanzlerin Merkel erklärte in einer diffusen Ansage aus dem fernen Staatsbesuchs in Südafrika, die Wahl Kemmerichs sei „unverzeihlich“ und müsse „rückgängig gemacht“ werden. Diese anmaßende Bewertung der Bundeskanzlerin, die ihr Amt als Parteivorsitzende der CDU bereits im Jahr 2018 aufgegeben hat, ist als Offenbarungseid zu verstehen.

Ähnlich äußerten sich die Spitzen von CDU, CSU, SPD, Grünen und Linken. Auch FDP-Chef Lindner schloss sich nach „eintägiger Bedenkzeit“ dieser Meinung an. Die „Welt am Sonntag“ berichtete am 9. Februar, Kanzlerin Merkel habe diesen Sinneswandel bei der FDP herbeigeführt, indem sie u.a. mit dem Bruch der schwarz-gelben-Regierungskoalition in NRW gedroht habe. Ministerpräsident Laschet bestreite die Intervention der Bundeskanzlerin und bezeichnete seine FDP Kollegen als „nette“ Liberale.²

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ddr-geschichte-linke-politiker-ramelow-provoziert-mit-zweifel-an-schiessbefehl-a-610170.html> - abgerufen am 10. Februar 2020

² <https://www.waz.de/politik/landespolitik/thueringen-krise-drohte-merkel-mit-koalitions-aus-in-nrw-id228376173.html> – abgerufen am 10. Februar 2020

Datum des Originals: 10.02.2020/Ausgegeben: 10.02.2020

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Doch offenbar reichten diese beschwichtigenden Worte allerdings nicht aus, um die nordrhein-westfälischen Freidemokraten vor Übergriffen durch Linksextreme zu schützen, wie sie in NRW üblicherweise Mitgliedern und Anhängern der Alternative für Deutschland vorbehalten sind.

Bereits am Abend des 5. Februar gelang es beispielsweise einer Gruppe linker Demonstranten ungehindert von der Polizei in das Kölner Rathaus einzudringen und die dortige FDP-Fraktionssitzung zu stören.³

Bundesweit und insbesondere aus dem Wahlkampf für die Hamburger Bürgerschaft wird darüber berichtet, dass sich Gewaltandrohungen nicht länger „nur“ den Anhängern der AfD gegenüber richten, sondern dass die FDP als neuer Feind der „Antifa“ und ähnlichen Gruppierungen gilt.

Diese besorgniserregende Gewaltspirale ist in Deutschland und gerade auch in Nordrhein-Westfalen längst kein neues Phänomen mehr. Bereits der Europawahlkampf der AfD im vergangenen Frühjahr wurde massiv durch Linke und Linksextreme unter Beteiligung von SPD und Grünen und zumindest stillschweigender Duldung von CDU und FDP gestört (Drs. 17/5696).

Neu und besonders schwerwiegend ist hingegen die rücksichtslose Einmischung führender Repräsentanten, auch unseres Bundeslandes, in die Belange des Freistaats Thüringen. Seit dem sogenannten „Preußenschlag“ 1932 und der damit verbundenen Absetzung des letzten frei gewählten preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD), die heute als Vorstufe der Machtergreifung Hitlers gilt, haben sich derartige vergleichbare Vorgänge in Deutschland zum Glück nicht mehr wiederholt.

Hier gilt es den Anfängen zu wehren. Nordrhein-Westfalen darf nicht tatenlos zusehen, wie die Eigenstaatlichkeit eines Bundeslandes oder die freie Wahlentscheidung seiner Bürger und Abgeordneten von Bundespolitikern oder Repräsentanten anderer Länder infrage gestellt werden. Noch weniger dürfen sich führende Vertreter unseres Bundeslandes dafür stark machen, dass in irgendeinem Bundesland ein Vertreter der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“, der Hauptverantwortlichen für die jahrzehntelange Entrechtung von Millionen Deutschen, Ministerpräsident wird.

Ministerpräsident Armin Laschet wird diesem Anspruch leider nicht gerecht. Stattdessen verlangte er, die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen zu „korrigieren“.⁴ Der stellvertretende Ministerpräsident Stamp (FDP) forderte seinen Parteifreund Kemmerich ebenso zum Rücktritt auf.⁵

³ <https://www.rundschau-online.de/region/koeln/nach-wahl-in-thueringen-tumulte-und-polizei-bei-sponsan-demo-in-koeln-36191810> – abgerufen am 10. Februar 2020.

⁴ <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/laschet-thueringen-100.amp> – abgerufen am 10. Februar 2020.

⁵ <https://www.wz.de/politik/inland/nrw-fdp-chef-joachim-stamp-fordert-kemmerich-zum-ruecktritt-auf-aid-48780553> – abgerufen am 10. Februar 2020.

Die führenden Vertreter unseres Bundeslandes schwächen durch ihr Verhalten die Demokratie und den Föderalismus in Deutschland und machen sich gleichzeitig zum Steigbügelhalter eines Kommunisten und Befürworters des DDR-Unrechtsstaats in Thüringen.

Sven Tritschler
Andreas Keith

und Fraktion